Nr. 443 • Ausgabe B Nr. 203
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr 443

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 20. September 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berlin vor einer Gaskatastrophe.

Ein Hilferuf des Oberbürgermeisters.

Was in eingeweihten Kreisen schon lange vorausgesehen wurde, ist nun eingetreten. Berlin wird, infolge der geringen Kohlenzufuhren, in Kürze, wenn nicht schleunigst Hilfe kommt, ohne Licht sein. Die Vorräte an Kohle in den städtischen Gaswerken reichen für kaum drei Tage und die der englischen Gasgesellschaft für nur zwei Tage. Oberbürgermeister Wermuth hat dringende Telegramme an den Minister des Innern und den Reichskohlenkommissar gesandt und um sofortige Zuweisung von Kohlen gebeten. Verhallt dieser Hilferuf des Oberbürgermeisters ungehört, so steht Berlin vor einer Katastrophe, wie sie bisher in der Geschichte der Stadt noch nicht zu verzeichnen ist.

Schon seit langer Zeit erhält Berlin, wie uns von der

Direktion der städtischen Gasgesellschaft

mitgeteilt wird, kaum die Hälfte des Verbrauchs an Kohlen. Die Direktion sowie der Oberbürgermeister Wermuth haben, wie erwähnt, an alle Stellen, die für die Kohlenversorgung in Betracht kommen, dringende Telegramme um sofortige Hilfe gerichtet. Wird diese nicht sofort gewährt, so wird, ebenso wie dies in Altona der Fall war, Berlin einfach in kürzester Zeit **nachts in vollständigem Dunkel** liegen. Die Ursachen dieser geradezu katastrophalen Kohlennot lassen sich natürlich nur schwer feststellen. Gegenüber der in einzelnen Kreisen verbreiteten Darstellung, daß in den Gruben große Vorräte an Kohlen liegen, und daß nur die Transportschwierigkeiten an der Kohlennot schuld sind, hat der Kohlenkommissar, wie uns an zuständiger Stelle erklärt wird, mitgeteilt, daß in den Gruben nur Vorräte einer Tagesförderung vorhanden sind. Das Hauptübel liegt also jedenfalls in der ungenügenden Förderung. Der Sechsstundentag, der in Wahrheit einer vierstündigen Arbeitsleistung entspricht, hat, im Verein mit der Verweigerung der Ueberstunden, die Kohlenförderung jedenfalls sehr unterbunden, sie ist angeblich ein Arbeiter pro Schicht 1,1 Tonne förderte, beträgt die Förderung jetzt kaum 0,5 bis höchstens 0,6 Tonnen. Hilfe ist nur von der Einführung der Akkordarbeit und der Achtstundenschicht zu erwarten. Soweit die Auskünfte, die uns von der Direktion der städtischen Gaswerke erteilt wurden. Wenn sie, was nicht zu bezweifeln ist, richtig sind, so ist es Pflicht der Regierung, mit aller Energie einzugreifen.

Wilhelm II. und die Aktion gegen Serbien.

Bericht des k. u. k. Botschafters in Berlin, das Protokoll über den k. u. k. Ministerrat vom 19. Juli 1914.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten

Dr. Leo Lederer.

1. Wien, 20. September.

Zur Beurteilung der Frage, wie weit Wilhelm II. und die deutsche Reichsregierung der Aktion der k. u. k. Regierung gegen Serbien zugestimmt haben, sei im folgenden der wesentliche Inhalt zweier bisher unbekannter Chiffretelegramme Nummer 237 und Nummer 239 vom 5. Juli 1914 wiedergegeben, in denen der k. u. k. Botschafter in Berlin, Graf Szögenyi-Marich, dem Grafen Berchtold über seine Audienz bei Wilhelm II. und seine Besprechungen mit Bethmann Hollweg berichtet. Bekanntlich hatte das Wiener Auswärtige Amt noch vor dem Attentat eine Denkschrift verfaßt, die zu einer energischen Politik gegen Serbien in Berlin Zustimmung werden sollte. Nach dem Attentat wurden ihr, die eben fertiggestellt war, noch einige Stellen beigefügt, die in die Erklärung ausklangen, die Monarchie „müsse die Fäden zerreißen, die ihre Gegner zu einer Hetze über ihrem Haupte verdichten wollen". Auf dieser Denkschrift fußte dann das bekannte Handschreiben Franz Josefs an Wilhelm II. vom 2. Juli, das Graf Hoyos in Berlin am 5. Juli übergab. In dem Bericht über die Audienz, die Graf Szögenyi aus diesem Anlaß bei Wilhelm II. hatte, heißt es nun:

„Der Kaiser las die übergebenen Schriftstücke mit größter Aufmerksamkeit. Zuerst versicherte er mir, daß er eine ernste Aktion unsererseits gegenüber Serbien erwartet habe, doch müsse er gestehen, daß er infolge der Auseinandersetzungen unseres allergnädigsten Herrn eine ernste europäische Komplikation im Auge behalten müsse und daher vor einer Beratung mit dem Reichskanzler keine definitive Antwort erteilen wolle. Nach dem Dejeuner, als ich nochmals den Ernst der Situation mit großem Nachdruck betonte, ermächtigte mich Seine Majestät, dem Kaiser zu melden, daß wir auch in diesem Fall

auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen können.

Wie gesagt, müsse er vorerst die Meinung des Reichskanzlers einholen; doch zweifle er nicht im geringsten daran, daß Herr v. Bethmann Hollweg vollkommen seiner Meinung zustimmen werde. Insbesondere gelte dies zutreffend einer Aktion unsererseits gegenüber Serbien. Nach seiner (Kaiser Wilhelms) Meinung muß aber mit dieser Aktion nicht zugewartet werden. Rußlands Haltung werde ebenfalls feindselig sein, doch sei er hierauf schon seit Jahren vorbereitet und

sollte es sogar zu einem Krieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland kommen, so könnten wir überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundestreue an unserer Seite stehen werde.

Rußland sei übrigens, wie die Dinge heute stünden, auch keineswegs kriegsbereit und werde es sich gewiß noch sehr überlegen, an die Waffen zu appellieren. Doch werde es bei den anderen Mächten der Tripelentente gegen uns hetzen und am Balkan die Feuer schüren. Er begreife sehr gut, daß es Kaiser Franz Josef bei seiner bekannten Friedensliebe schwer fallen würde, in Serbien einzumarschieren. Wenn wir aber wirklich die Notwendigkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien erkannt hätten, so würde er, Kaiser Wilhelm, es

bedauern, wenn wir den jetzigen für uns so günstigen Moment unbenützt ließen.

Was Rumänien betrifft, so werde er dafür sorgen, daß König Karol und seine Ratgeber sich korrekt verhalten werden. Das Eingehen in ein Vertragsverhältnis mit Bulgarien „sei ihm keineswegs sympathisch". Nach wie vor habe er nicht das geringste Vertrauen zu Bulgarien. Trotzdem wolle er nicht die geringste Einwendung gegen die Eingehung eines vertragsmäßigen Anschlusses der Monarchie an Bulgarien erheben. Doch müsse dafür Vorsorge getroffen werden, daß der Vertrag keine Spitze gegen Rumänien enthalte und in der Tat Rumänien zur Kenntnis gebracht werde.

In dem zweiten Chiffretelegramm an Graf Berchtold heißt es: „Zu meinem Telegramm Nummer 237 hatte soeben in Begleitung des Grafen Hoyos mit Reichskanzler und Unterstaatssekretär eine lange Unterredung. Der Reichskanzler erklärte, er sei von seinem kaiserlichen Herrn ermächtigt worden, mir die Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem Handschreiben und der Denkschrift wie folgt zu präzisieren. Unser Verhältnis zu Serbien betreffend stehe die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß wir beurteilen müßten, was zu geschehen hätte, um dieses Verhältnis zu klären. Wir könnten hierbei, wie auch immer unsere Entscheidung ausfallen möge, mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr stehe. Im weiteren Verlauf der Konversation habe ich festgestellt, daß sich der Reichskanzler ebenso wie sein kaiserlicher Herr ein sofortiges Einschreiten unsererseits gegen Serbien als radikalste und beste Lösung unserer Schwierigkeiten am Balkan ansieht. Vom internationalen Standpunkt hält er den jetzigen Augenblick für günstiger als einen späteren. Er ist ganz damit einverstanden, daß wir weder Italien noch Rumänien vorher von einer eventuellen Aktion gegen Serbien verständigen. Dagegen soll Italien durch die deutsche und durch unsere Regierung schon jetzt von der Absicht verständigt werden, den Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen."

Diese beiden Telegramme lagen dem großen Ministerrat, der am 7. Juli im Palais auf dem Ballhausplatz stattfand, bereits vor. Auf Grund dieser Berichte erklärte Graf Berchtold bei der Ansprache über die Stellungnahme Deutschlands, daß Deutschland voll und ganz hinter der k. u. k. Regierung stehe.

(Vergleiche 3. Seite.)

Umsturzpläne in Bayern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ München, 20 September.

Ueber angebliche neue Umsturzorganisationen in Bayern berichten die „Münchener Neuesten Nachrichten". Danach soll in Hof eine geheime Konferenz revolutionärer Kommunisten deutscher und russischer Nationalität stattgefunden haben, die der Feststellung eines Kampfprogramms für den Winter gewidmet war. Für die planmäßige Vorbereitung der großangelegten Umsturzbewegung — Generalstreik in den Industrierevieren, Zersplitterung und Entwaffnung der Reichswehr, Sturz der demokratischen Regierung und Einsetzung der kommunistischen Räteregierung — soll in Leipzig eine Zentralleitung eingesetzt worden sein, die später mit einer Zentralstelle in Braunschweig zusammenarbeiten sollte. Die Richtigkeit dieser Meldung nachzuprüfen sei dem Blatte nicht möglich. Gleichzeitig werden in München Mitteilungen über Umsturzpläne verbreitet, die bei Verhafteten gefunden wurden. Es handelt sich um herumtreibende Abenteurer, die den Organisationsplan für einen neuen Umsturz bei sich trugen.

Der Prozeß gegen den Mörder Eisners.

München, 19. September. (W. T. B.)

Die Verhandlung gegen den Grafen Arco wegen Mordes an dem ehemaligen Ministerpräsidenten Eisner wird im Laufe des Oktober stattfinden, da Graf Arco nach ärztlichem Gutachten bis dahin verhandlungsfähig sein dürfte.

Der Schauspieler Popp, der während der Münchener Rätezeit eine leitende Stellung im Ministerium für soziale Fürsorge bekleidete und mit einer Summe von 457 000 Mark, die er im Auftrage der Räteregierung zur Auszahlung von Löhnen in das oberbayerische Grubengebiet bringen sollte, flüchtete, wurde von dem Münchener Landgericht zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt.

Generalstreik in der amerikanischen Stahlindustrie.

(Telegramm.)

Amsterdam, 20. September.

Das Preßbureau Radio meldet, daß 24 amerikanische Eisen- und Stahlarbeiter-Gewerkschaften beschlossen haben, am Montag für den Achtstundentag in den Streik zu treten.

*

Rotterdam, 20. September. (W. T. B.)

Der amerikanische Korrespondent der „Daily News" meldet, daß Bullitts Enthüllungen in Amerika allgemein geglaubt werden. „Daily News" bedauert die Erschütterung des britischen Ansehens durch diese Enthüllungen um so mehr, als auch das unerklärliche Verhehlen der Berichte vom Montag über den Beschluß des Obersten Rates wegen Rußland ein sonderbares Licht auf die amtliche Berichterstattung werfe.

Ein preußisches Bauministerium.

Von [Nachdruck verboten.]

Georg Robohn,

Mitglied der preußischen Landesversammlung.

Nach Artikel 7 der neuen Reichsverfassung hat das Reich die Gesetzgebung auch über die Eisenbahnen, die Binnenschiffahrt, den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, sowie den Bau von Landstraßen, soweit es sich um den allgemeinen Verkehr und die Landesverteidigung handelt. Die Gesetzgebung über die vorgenannten Verkehrsmittel war bisher allgemein von den Ländern (Bundesstaaten) geschehen. In Preußen wurden die staatlichen Verkehrsmittel, von einzelnen Abweichungen abgesehen, von dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten verwaltet. Mit der Ueberführung der Eisenbahn- und der Wasserbauverwaltung auf das Reich werden dem preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten seine größten Abteilungen genommen. Die restlichen Verwaltungsgebiete, der Hochbau und die wenigen dem Ministerium noch verbleibenden technischen Angelegenheiten reichen nicht mehr aus, ohne weiteres ein besonderes Ministerium bestehen zu lassen.

Inzwischen sind nun, da die Uebergabe der erwähnten Wasser- und Schienenstraßen zu denselben Terminen bis 1921 zu erfolgen hat, bereits Vorschläge über die Auflösung bzw. Angliederung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten an ein anderes Ministerium gemacht worden. Im Staatshaushaltsausschuß glaubte der Vertreter der Deutschen Volkspartei, daß bei einem derartigen Zusammenschrumpfen der Aufgaben des Ministeriums vielleicht kein selbständiges Ministerium mehr nötig sei. Der Minister mußte ebenfalls die Existenzberechtigung nach der Abtrennung von Eisenbahn- und Wasserstraßen verneinen und glaubte an eine Angliederung des Hochbaus an das Kultusministerium. Der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei begrüßte die Verschmelzung mit dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, während der Zentrumsvertreter die Vereinigung mit dem Ministerium des Innern für zweckmäßig hielt. Wir sehen aus dieser Aeußerung ein Tasten nach einer guten Lösung. Die Angliederung an einer der beiden größten preußischen Ministerien bedeute eine weitere Belastung dieser schon ohnehin umfangreichen Verwaltungen. Eine Angliederung an ein bestehendes Ministerium, wenn nur diese Lösung in Frage kommt, wäre sicherlich an jenes für Handel und Gewerbe naheliegender und zweckmäßiger. Doch auch diese Ueberführung kann nicht als glücklich bezeichnet werden.

In Bayern ist vom Oberbayerischen Architekten- und Ingenieurverein bzw. vom Bayerischen Landesverband technischer Vereine im Frühjahr eine Eingabe an die Regierung gerichtet worden, deren Inhalt die Errichtung eines Ministeriums für öffentliche Bauten befürwortet. Von anderer Seite wird der Vorschlag gemacht, eine oberste Instanz im Reiche oder der Länder für Technik und Wirtschaft zu schaffen. Dieses Ministerium für Technik und Wirtschaft wäre die oberste technische Behörde für Bau, Industrie und Wirtschaft. In ihr liefen alle Fäden zusammen, die irgendeines dieser Gebiete tangieren. Sie wäre die oberste Stelle für das technische Gebiet jedweder Art, ob es sich nun auf reine Baufachen, Maschinentechnik, Elektrotechnik, Wasserwirtschaft oder Bergbau erstreckt. Eine gute Regelung unserer Wirtschaftsfragen wird durch eine Verbindung von Technik und Wirtschaft unter einem Ministerium zustande kommen.

Nun hat der Reichsbund deutscher Technik, jene Organisation, welche sich zur Aufgabe gemacht hat, im Zeitalter der Technik dieser und dem Techniker im öffentlichen Leben mehr Aufmerksamkeit und Geltung zu verschaffen, eine Eingabe an die preußische Staatsregierung gerichtet. In der wird beantragt, falls beim Uebergang der Eisenbahn- und Wasserbauverwaltung von Preußen an das Reich das Fortbestehen des preußischen Ministeriums der öffentlichen Arbeiten in Frage gestellt wird, statt dessen ein selbständiges preußisches Bauministerium mit einem Techniker an leitender Stelle einzusetzen. Die Begründung hebt die Bedeutung des Hochbaus für Volk und Staat, sowohl in kultureller und künstlicher, als auch in wirtschaftlicher Beziehung hervor. Nach Uebergabe der erwähnten Verkehrsinstitute reichen die Angelegenheiten des Hochbaus mit den wenigen der preußischen Staatsverwaltung noch verbleibenden technischen Angelegenheiten nicht mehr aus, ein besonderes Ministerium zu bilden. Die Bearbeitung technischer Angelegenheiten in größerem Umfange aber einem anderen Ministerium zuzuteilen, wäre verfehlt, denn in keinem der anderen Ministerien spielt die Technik eine hervorragende Rolle. Aber auch andere Gründe sprechen dagegen. Da die menschliche Kultur in hervorragendem Maße auf der Technik beruht, da selbst die geistigen Errungenschaften der Kultur sich nur mit Hilfe der Technik verkörpern und ausnutzen lassen, und in einer Zeit, da man den Wiederaufbau der Staats- und Volkswirtschaft zu einem wesentlichen Teil von der Arbeit der Techniker erwartet, muß unter den höchsten preußischen Staatsbehörden auch mindestens eine sein, die zur Hüterin und Pflegerin der Technik bestellt ist, die dem technischen Geist den seiner Bedeutung für Kultur und Volkswirtschaft gebührenden Einfluß sichert.

Die Aufgaben des Bauministeriums wären es in erster Linie, die Angelegenheiten des gesamten Hochbauwesens wahrzunehmen, also auch diejenigen Gebiete des Hochbaus, die jetzt der Verwaltung anderer Ministerien, z. B. des Landwirtschafts-, Wohlfahrts- und Kultusministeriums, unterstehen. Besonders seien erwähnt: das Siedelungswesen, das Wohnungswesen, das Fluchtlinien- und Baupolizeiwesen aus dem Wohlfahrtsministerium. Unbedingt mußt ferner zum technischen Bauministerium grundsätzlich und uneingeschränkt gehören die Denkmalpflege und der Heimatschutz. Endlich ist es von besonderer Bedeutung, namentlich auch in wirtschaftlichem Sinne daß die gesamte Grundstücksverwaltung zusammengefaßt wird. Es dürfen nicht weiter Zustände bestehen